

Die SED-Grundorganisation in Wien

Wie DDR-Auslandskader das Ende der DDR erlebten

Maximilian Graf

Einleitende Bemerkungen

Die sogenannten Parteiarbeiter, also die hauptamtlichen Funktionäre, haben in den letzten Jahren verstärkte wissenschaftliche Aufmerksamkeit erfahren.¹ Die Auslandskader der SED beziehungsweise die SED-Grundorganisationen im Ausland wurden jedoch insbesondere für die „Ära Honecker“ bisher kaum erforscht. Überhaupt ist unser Wissen über die personelle Zusammensetzung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten (MfAA) und seiner Diplomaten im Auslandseinsatz in den 1970er und 1980er Jahren noch relativ beschränkt.² Es kann davon ausgegangen werden, daß stets ein hoher Prozentsatz der für die DDR im Ausland tätigen Personen Mitglieder der SED war. Diese wurden zur Erledigung der „politischen Arbeit“ sowie mit Sicherheit auch zu Kontrollzwecken ab einer gewissen Größe in Grundorganisationen zusammengefaßt.

Im Falle der SED-Grundorganisationen in Wien ist die Überlieferung zwar nicht durchgängig gegeben, für die Jahre 1964 bis 1971 sowie für die 1980er Jahre ist aber eine große Fülle von Quellen vorhanden. Dies dürfte im großen und ganzen auch für die Grundorganisationen in anderen europäischen Hauptstädten wie Rom, Paris oder auch Stockholm gelten, wie eine vergleichende Online-Recherche in den Bestandsverzeichnissen der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen im Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde ergab.

Während im erstgenannten Zeitraum noch keine diplomatischen Beziehungen zwischen Österreich und der DDR bestanden und die ostdeutschen Vertretungen daher in ihrer Entfaltung noch sehr beschränkt waren,³ gab es in den 1980er Jahren eine Fülle von DDR-Vertretungen in Wien. Neben der personell gut bestückten Botschaft bestand die Verkehrsvertretung fort. Zudem hatte die DDR Vertretungen bei den internationalen Organisation in Wien. Dazu gehörten der Sitz der Vereinten Nationen und der Internationalen Atomenergieagentur. Auch bei den Abrüstungsverhandlungen waren DDR-Vertreter zugegen. Stets war eine große Zahl von SED-Kadern in Wien anzutreffen, die in der üblichen Form in zahlreichen Sitzungen und Versammlungen ihrer ominösen „politischen Arbeit“ nachgingen. Diese SED-Kader diskutierten mediale Veröffentlichungen und Informationen der SED, sprachen aber natürlich auch über die Arbeit vor Ort und alltägliche Probleme.

Die Akten der Grundorganisation umfassen insbesondere die Korrespondenz zwischen Wien und der Zentrale in Ost-Berlin und die Berichte von den Wahlversammlungen sowie über die Parteiarbeit an die Abteilung Internationale Verbindungen beim Zentralkomitee der SED. Im Rahmen dieses Beitrags kann freilich nur ein erster Einblick in die

1 Als Einblick hierzu Bergien, Rüdiger: „Parteiarbeiter“. Die hauptamtlichen Funktionäre der SED. In: Gieseke, Jens/Wentker, Hermann (Hrsg.): Die Geschichte der SED. Eine Bestandsaufnahme. Berlin 2011, S. 163–186.

2 Für eine Zusammenfassung des bisher Bekannten mit Fokus auf die Führungsebene im MfAA siehe Wentker, Hermann: Außenpolitik in engen Grenzen. Die DDR im internationalen System 1949–1989. München 2007, S. 382–387.

3 Neben der Vertretung der Kammer für Außenhandel der DDR, die als „Quasi-Botschaft“ zu fungieren trachtete, existierte es auch noch eine Verkehrsvertretung.

Arbeit der Grundorganisation gewährt werden. Über weite Strecken scheinen die Berichte über die Partearbeit in Wien das oftmals bemühte, letztendlich aber nicht zutreffende Klischee zu erfüllen, daß SED-Akten „langweilig“ seien. So sind die streng nach „marxistisch-leninistischen“ und gemäß den Vorgaben und Wünschen der SED-Zentrale verfaßten Abschnitte zur Lage in Österreich und zur Entwicklung der Beziehungen zu Österreich in der Regel von deutlich geringerem Informationsgehalt als die ursprünglichen Botschaftsberichte, jene Informationen die direkt an die Parteiführung gingen, aber auch jene Berichte die von Akteuren des Wirtschaftssektors verfaßt wurden. Die Protokolle und Berichte geben jedoch tiefe Einblicke in die „politische Arbeit“ und die innere Verfaßtheit des SED-Mikrokosmos in Wien. Letzteres soll aber nicht Hauptgegenstand dieses Beitrags sein und muß künftigen Forschungen vorbehalten bleiben. Nach einleitenden exemplarischen Ausführungen zur SED-Grundorganisation vor 1989 geht dieser Beitrag anschließend ausführlich auf deren Verhalten im Epochenjahr ein, mit dem das Ende der DDR begann.

Ein Fokus wird auf der Frage nach der Kritikfähigkeit der Auslandskader der SED liegen. Während bis zum Jahr 1988 in der Regel – mit konjunkturellen und anlaßbezogenen auf niedererer Ebene angesiedelten Ausnahmen – nur höchst selten Kritik an der Parteiführung beziehungsweise an den Zuständen in der DDR geäußert wurde, sollte sich dies insbesondere 1989 ändern. Die Wege zu den Veränderungen und Revolutionen des Jahres 1989 ausgehend von der Krise in Polen Anfang der 1980er Jahre, über Michail S. Gorbatschows Perestrojka bis hin zu den Reformen in Ungarn sind in den letzten Jahren umfassend diskutiert worden. Gleiches gilt für die rasanten Entwicklungen des Jahres 1989. Der Kontext darf daher im folgenden als – zumindest in Grundzügen – bekannt vorausgesetzt werden.

Ein Blick in die 1960er Jahre

Die Überlieferung der Grundorganisation der SED in Wien setzt mit dem Jahr 1964 ein. Im April 1964 wurde eine Wahlberichtsversammlung der Handels- und Verkehrsvertretung in Österreich abgehalten. Eingangs ist hierzu festzuhalten, daß Österreich zu diesem Zeitpunkt – allen ostdeutschen Bestrebungen zum Trotz – die DDR nicht anerkannt hatte. Bei der als Handelsvertretung titulierten Einrichtung handelte es sich um die Vertretung der Kammer für Außenhandel der DDR, die seit 1954 in Wien bestand. Der österreichische Partner der Kammervertretung war die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft. Über das Abkommen zwischen den beiden Kammern wurde der Handel zwischen Österreich und der DDR abgewickelt. Die „Verkehrsvertretung der DDR“ war ein Prestigeprojekt der DDR in ihren Anerkennungsbestrebungen. Tatsächlich reichten ihre Befugnisse nicht über jene eines herkömmlichen ausländischen Reisebüros in Wien hinaus. Seine Eröffnung im Jahr 1960 – also inmitten der zweiten Berlin-Krise – wurde von der DDR jedoch als propagandistischer Erfolg gewertet und zog dementsprechend scharfe Reaktionen seitens der Bundesrepublik Deutschland nach sich. Diese beiden DDR-Vertretungen versuchten stets eine größtmögliche Aktivität in Richtung einer Anerkennung der DDR durch Österreich zu entfalten, wobei die Kammervertretung die Aufgabe hatte, als „Quasi-Botschaft“ zu fungieren. Da das zwar neutrale aber eindeutig westlich ausgerichtete Österreich aufgrund der erheblich größeren Bedeutung der Beziehungen zur Bundesrepublik offizielle Kontakte zur DDR soweit als möglich

zu verhindern versuchte, waren den Möglichkeiten der DDR-Vertretungen enge Grenzen gesetzt.⁴

Der Rechenschaftsbericht über das Jahr 1964 gibt Einblick in die Probleme, mit denen die DDR-Auslandskader zu kämpfen hatten, und Limitationen in der Kontakttätigkeit in Österreich. Zudem wird klar, daß es Kompetenzstreitigkeiten zwischen leitenden Mitarbeitern der Kammervertretung (und auch der Verkehrsvertretung) gab. Erst 1963 war nahezu das gesamte Personal der Wiener DDR-Vertretungen ausgewechselt worden: „Dieses nach unserer Einschätzung unüberlegte Auswechseln der Leitung und eines Teiles der übrigen Mitarbeiter innerhalb eines kurzen Zeitraumes muß sich zwangsläufig negativ auf die notwendige kontinuierliche Arbeit auswirken.“⁵ Eine eindeutige Kritik an einer zentralistischen Entscheidung. Aber auch die Diskussion über den Rechenschaftsbereich brachte einige erwähnenswerte Kritikpunkte zur Sprache. Aus dem Handelsbereich war beispielsweise Kritik an der unzureichenden Planerfüllung in der DDR, die Geschäftsabschlüsse in Österreich erschwerte, zu vernehmen: „Ich möchte die Dinge ganz real einschätzen und darauf verweisen, daß ich in Berlin [...] wegen Textilmaschinen war. Dort ist man nicht in der Lage, die Maschinen so wie sie im Plan vorgesehen sind, zur Verfügung zu stellen. Sie haben mir gesagt, es ist keine Maschine mehr freizumachen. Wir haben die Möglichkeit, in Österreich [...] zu verkaufen mit dem Liefertermin Mai–Juni. In Berlin sagt man mir jetzt, eine Maschine kannst du haben, [die ist] aber erst im November lieferbar. Bei anderen Maschinen ist das ebenso. [...] Gewisse Entscheidungen in Sondergeschäften lassen zu lange auf sich warten. [...] Ich bin der Meinung, daß man ‚Ja‘ oder ‚Nein‘ sagen muß. Mir wurde gesagt, die Valuta-Abteilung muß erst einige Monate beobachten. Inzwischen geht aber das Geschäft an uns vorbei. Man kann nicht den Geschäftspartner von Woche zu Woche vertrösten [...].“⁶

Vom außenpolitischen Standpunkt betrachtet, wurde die Arbeit der Kammervertretung seitens der Zentrale in Ost-Berlin reichlich kritisch bewertet. Beispielsweise wurde bemängelt, daß es in Wien bisher nicht gelungen war, Kontakte zum Außenministerium herzustellen. In diesem Zusammenhang wurde kritisiert: „Die Berichterstattung der Handelsvertretung ist nicht befriedigend. Das gilt sowohl für Einschätzungen zu wichtigen Ereignissen als auch für die rasche Information über Gespräche mit österreichischen Partnern und befreundeten Diplomaten.“ Auch die „auslandspropagandistische“ Arbeit wurde für unzureichend erachtet: „Dadurch besteht gegenwärtig insgesamt gesehen ein unbefriedigender Zustand auf dem Gebiet der Auslandsinformation in Österreich, so daß die von Westdeutschland ausgehende Hetze und Verleumdung der DDR die österreichische öffentliche Meinung weitgehend beherrscht.“⁷ Übersehen wurde bei dieser Einschätzung freilich, daß es kaum möglich war, österreichische Journalisten zu einer positiven Berichterstattung über die DDR zu bewegen.

An den grundlegenden Problemen der Grundorganisation und der Einschätzung der Arbeit der Auslandsvertretungen in Österreich durch die Zentrale in Ost-Berlin sollte sich

4 Für einen Überblick zu den Beziehungen in der Nichtanerkennungszeit siehe Graf, Maximilian: Austria and the German Democratic Republic 1949–1972. Diplomatic and Political Contacts in the period of Non-recognition. In: Suppan, Arnold/Graf, Maximilian (Hrsg.): From the Austrian Empire to Communist East Central Europe. Wien 2010, S. 151–177.

5 Rechenschaftsbericht für die Wahlberichtsversammlung der Grundorganisation der Handels- und Verkehrsvertretung der DDR in Österreich am 18. April 1964 (gegeben von Hans Fritzsche). In: Protokoll über den Ablauf der Wahlberichtsversammlung der Grundorganisation der Handels- und Verkehrsvertretung in Österreich am 18. April 1964. SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/20/526, Bl. 5–32.

6 Protokoll über den Ablauf der Wahlberichtsversammlung der Grundorganisation der Handels- und Verkehrsvertretung in Österreich am 18. April 1964. SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/20/526, Bl. 36.

7 Zur Arbeit der Handelsvertretung der DDR in Wien, Berlin, 11. April 1964, gezeichnet Richter (Europäische Abteilung – Sektion IV). SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/20/527, Bl. 95–99.

in den folgenden Jahren wenig ändern. Vor allem die Berichterstattung an das ZK⁸ als auch die Auseinandersetzung mit dem „ideologischen Einfluss des Gastlandes“ wurden als mangelhaft gewertet.⁹ In der Wahlberichtsversammlung 1965 wurde diesbezüglich zunächst einmal Selbstkritik geübt. Im Rechenschaftsbericht wurde festgehalten, daß nach wie vor zu wenige fachliche Gespräche mit „Politischem“ verbunden werden und hinsichtlich des primären Auftrags der Auslandsvertretungen treffend betont: „Wir möchten unmißverständlich sagen, daß unsere Tätigkeit in erster Linie eine politische Tätigkeit ist.“¹⁰ Der Beginn des Jahres 1965 war freilich kein günstiger Zeitpunkt, um große Fortschritte bei der Intensivierung der Beziehungen zu erreichen. Ende 1964 war ein ostdeutscher Spionagering in Österreich aufgedeckt worden. Diese Affäre beschäftigte die österreichischen Medien auch noch Anfang des Jahres 1965 und führte zu einer merklichen Zurückhaltung österreichischer Politiker, Diplomaten und Wirtschaftstreibenden im Umgang mit der DDR.¹¹ Wenig überraschend fand dieses Klima auch Niederschlag im Rechenschaftsbericht vom März 1965. Dort wurde von einer „Diffamierungskampagne gegen die DDR in den Medien“ gesprochen. Neben „Angriffen“ auf die DDR seien auch „Angriffe auf das Kollektiv“ der Grundorganisation erfolgt.¹² Tatsächlich war bei der Verkehrsvertretung ein Drohschreiben mit folgender Aufschrift eingegangen: „An das Spionage Büro (nicht Reise Büro!) der D.D.R. demnächst fliegt in d Luft!“. Zudem waren die Fensterscheiben des Büros verschmiert worden.¹³ Der Rechenschaftsbericht sprach davon, daß ein „psychologischer Druck“ ausgeübt wurde. Zufrieden wurde festgehalten, „daß es dem Gegner nicht gelungen ist, Unruhe und Unsicherheit in unser Kollektiv zu bringen.“ Allerdings wurde in diesem Zusammenhang die „Republikflucht“ einer Familie aus dem „Kollektiv“ erwähnt.¹⁴

Damit war ein weiteres Problem, das sich der DDR stellte, angesprochen. Auch Parteimitglieder nutzten Auslandseinsätze zum Absprung. Eine detaillierte Aufstellung, wie viele Mitarbeiter der DDR-Auslandsvertretungen „Republikflucht“ begingen, steht bisher aus. Die Akten der Grundorganisationen geben zudem durch entsprechende Meldungen Auskunft darüber, welche Parteimitglieder (Kunst und Kulturschaffende, Sportler, etc.) im Rahmen von „Delegationsreisen“ im Gastland der DDR für immer den Rücken kehrten. In den Folgejahren bis zur Anerkennung 1972 wurden die in den Sitzungen geäußerte DDR-Kritik weniger und die Selbsteinschätzung der Arbeit in Wien positiver. Interne Querelen blieben jedoch bestehen.¹⁵ An der kritischen Evaluierung der Arbeit

8 Einschätzung der Tätigkeit der Parteiorganisation der Handels- u. Verkehrsvertretung der DDR in Wien, Berlin, 1. November 1965, SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/20/527, Bl. 100.

9 Aktenvermerk über den Besuch der Handelsvertretung der DDR in Wien, [o. D.], gezeichnet Neubert. SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/20/527, Bl. 101–102.

10 Rechenschaftsbericht der Parteileitung zur Wahlberichtsversammlung am 29. März 1965, durch den Genossen Ujak. SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/20/526, Bl. 76–94, hier Bl. 77.

11 Siehe hierzu ausführlicher: Graf, Maximilian: Österreich und die DDR 1949–1989/90. Beziehungen – Kontakte – Wahrnehmungen. Dissertation, Wien 2012, S. 260–265.

12 Rechenschaftsbericht der Parteileitung zur Wahlberichtsversammlung am 29. März 1965, durch den Genossen Ujak. SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/20/526, Bl. 76–94, hier Bl. 78.

13 Amtsvermerk, Gegenstand: Drohungen gegen die Verkehrsvertretung der DDR in Österreich im Zusammenhang mit der Tätigkeit von DDR-Agenten in Österreich, Wien, 4. Februar 1965, Verschluss. Österreichisches Staatsarchiv, Archiv der Republik, Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Sektion II-Pol 1965, DDR 11, Gr.Zl. 131.197-6/65, GZ. 131.415-6-Pol/65, Karton 973. Darin enthalten Bericht der Bundespolizeidirektion Wien, Abteilung I, gezeichnet Gruber, Wien, 18. Januar 1965

14 Rechenschaftsbericht der Parteileitung zur Wahlberichtsversammlung am 29. März 1965, durch den Genossen Ujak. SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/20/526, Bl. 76–94.

15 Rechenschaftsbericht der Parteileitung zur Wahlberichtsversammlung [vom 19. November] 1966. SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/20/526, Bl. 100–134; Rechenschaftsbericht zur Wahlberichtsversammlung der Grundorganisation der SED der Handels- und Verkehrsvertretung der DDR in Österreich am 30. März 1968. SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/20/526, Bl. 162–187.

durch die Zentrale in Ost-Berlin änderte dies zunächst wenig.¹⁶ Bestimmende Themen der Arbeit waren der Weg zur¹⁷ und schließlich die bevorstehende Umwandlung der Handelsvertretung in eine staatliche Repräsentanz der DDR.¹⁸ Bereits im März 1971 – mehr als eineinhalb Jahre vor der Anerkennung – wurde, nicht ganz zu Unrecht festgehalten: „Die Handelsvertretung der DDR in Wien hat sich in den letzten Jahren zu der politischen Repräsentation der DDR in Österreich entwickelt, was auch von den offiziellen österreichischen Stellen zur Kenntnis genommen und toleriert wird.“¹⁹

Ein weiteres Problem, das im Rahmen dieser kurzen Einführung in das Leben der Grundorganisation in den 1960er Jahren angesprochen werden soll, ist jenes des sogenannten Revisionismus. In der Kommunistischen Partei Österreichs (KPÖ) hatte sich in den 1960er Jahren eine starke reformkommunistische Strömung ausgebildet, die von der SED heftig angefeindet wurde. Die Krise in den Parteibeziehungen eskalierte, nachdem die KPÖ die Intervention der Warschauer-Pakt-Staaten in der Tschechoslowakei verurteilt hatte.²⁰ Diese Krise konnte nicht ohne Rückwirkungen auf die Grundorganisation bleiben, zumal die DDR-Vertreter aus dem außenpolitischen Bereich in die Berichterstattung über und in die Kontaktarbeit mit der KPÖ eingebunden waren. Eine weitere Herausforderung waren die öffentlichen Reaktionen auf das Ende des „Prager Frühlings“ in Österreich. Ende der 1960er Jahre blieb die SED-Grundorganisation in Wien jedenfalls voll auf der von Ost-Berlin vorgegebenen Linie. Dies galt sowohl für die ad hoc zu lösenden Probleme, wie der Notwendigkeit, die Verkehrsvertretung durchgängig besetzt zu halten und die sich in Österreich aufhaltenden DDR-Bürger sofort in die DDR zurückzuführen,²¹ als auch für die den langfristigen Umgang mit den Folgen. Die allgemeine Haltung wurde auch im Rechenschaftsbericht mit Zufriedenheit vermerkt: „Noch ein Wort zur politisch-moralischen Einheit unseres Kollektivs. Bei uns spielt dieses Problem natürlich eine weit größere Rolle, als in der DDR, da wir uns täglich und direkt mit dem Klassengegner auseinandersetzen müssen. Zwar existiert diese Einheit in allen grundsätzlichen Fragen oder schwierigen Situationen – die klassenmäßige, zuverlässige Haltung des Kollektivs anlässlich der Maßnahmen der Warschauer Vertragsstaaten für die ČSSR wurde bereits wiederholt hervorgehoben – aber im täglichen Arbeits- und Lebenslauf sind noch gewisse Rudimente zu überwinden.“ Hierbei handelte es sich allerdings erneut um interne Konflikte in der Grundorganisation, die nicht Thema dieses Beitrags sind.²² Mit Blick auf die KPÖ wurde zur Parteiarbeit der Grundorganisation in

16 Bericht von H. Neubert über die Teilnahme an der Wahlberichtsversammlung der Parteiorganisation der SED in Wien am 19. November 1966, Berlin, 20. Dezember 1966. SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/20/526, Bl. 141–145.

17 Vortrag auf der außerordentlichen Mitgliederversammlung der Grundorganisation Wien am 17. September 1970. SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/20/527, Bl. 11–23.

18 Rechenschaftsbericht für die Wahlberichtsversammlung am 6. März 1971 der Grundorganisation der Handelsvertretung der DDR in Wien. SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/20/526, Bl. 320–343; Protokoll über die Wahlberichtsversammlung am 6. März 1971 der Grundorganisation der Handelsvertretung der DDR in Wien, Wien, 12. März 1971, gezeichnet Waschewski und Eckert. SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/20/526, Bl. 307–319.

19 Entschließung der Wahlberichtsversammlung am 6. März 1971 der Grundorganisation der Handelsvertretung der DDR in Wien. SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/20/526, Bl. 344–348.

20 Hierzu als ausführlichen Überblick Graf, Maximilian/Rohrwasser, Michael: Die schwierige Beziehung zweier „Bruderparteien“. SED, KPÖ, Ernst Fischer und Franz Kafka. In: Staadt, Jochen (Hrsg.): Schwierige Dreierbeziehung. Österreich und die beiden deutschen Staaten (Studien des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin, Bd. 18). Frankfurt am Main 2013, S. 137–178.

21 Rechenschaftsbericht der Parteigruppe Verkehrsvertretung zu den Parteiwahlen 1969 (Gruppe II), gehalten von Weiß. SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/20/526, Bl. 269–281, hier Bl. 273–274.

22 Rechenschaftsbericht der Parteileitung der Grundorganisation der Auslandsvertretung der DDR in Österreich für die Wahlberichtsversammlung am 25. April 1969, verlesen durch Parteisekretär Fritzsche. SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/20/526, Bl. 223–251, hier Bl. 226.

der Diskussion vom stellvertretenden Leiter der Kammer für Außenhandel Gerhard Waschewski festgehalten, daß man sich „sehr intensiv“ mit den „Erscheinungen des Revisionismus“ in der österreichischen Partei beschäftigt habe.²³ Die Auseinandersetzung mit dieser Frage war auch der SED-Zentrale ein Anliegen. Im November wurde auf Anfrage über die Behandlung der Rolle der KPdSU und der UdSSR als Zentrum der kommunistischen Weltbewegung sowie zum „Bruderbund“ zwischen SED und KPdSU im Rahmen der politischen Arbeit der Grundorganisation berichtet. Nicht zuletzt aufgrund der „revisionistischen Erscheinungen“ in der KPÖ dürfte darauf Wert gelegt worden sein, daß sich diese „Tendenzen“ nicht auch im Wiener SED-Kollektiv verbreiteten.²⁴

Verläßliche SED-Repräsentanten in den 1980er Jahren

In den 1980er Jahren stand in der Berichterstattung der Grundorganisation an das ZK zumeist die Entwicklung der bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und der DDR im Vordergrund.²⁵ Als Erich Honecker im November 1980 seinen ersten offiziellen Staatsbesuch im westlichen Ausland in Österreich absolviert hatte, wurde dies als großer Erfolg gewertet.²⁶ Die weitere kontinuierliche Entwicklung der Beziehungen zu Österreich sowie die Selbsteinschätzung des eigenen Anteils daran waren konsequent durchweg positiv.²⁷ Was die internationale Lage angeht, setzte man sich Anfang der 1980er Jahre in der „politischen Arbeit“ natürlich mit der Krise in der Volksrepublik Polen (VRP) und „der von den bürgerlichen österreichischen Massenmedien in diesem Zusammenhang betriebenen Hetze auseinander.“²⁸ Daß dieses Thema wichtig blieb, zeigt sich daran, daß im September 1981 in den Diskussionen auch auf den – aus Sicht der SED natürlich eher erfreulichen – ambivalenten österreichischen Umgang mit der *Solidarność*²⁹ eingegangen wurde: „Aus ihrer Kontaktarbeit mit österreichischen Partnern berichten viele Genossen, daß auch in den österreichischen Handels- und Industriellenkreisen der Unmut über die Politik der ‚Solidarność‘ wächst, da ihnen daraus ökonomische Probleme (Ausbleiben von polnischen Exporten und Zahlungen) entstehen.“³⁰ In weiterer Folge wurde die Verhängung des Kriegsrechts in Polen begrüßt: „Die in der Volksrepublik Polen ergriffenen Maßnahmen wurden einhellig als richtig und dringend notwendig eingeschätzt. Ein großer Teil der Genossen war der Auffassung, daß solche

23 Protokoll der Wahlversammlung der Grundorganisation der SED der Auslandsvertretung in Österreich am 25. April 1969, Wien, 28. April 1969, gezeichnet Kunze, Eckert und Olbrich. SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/20/526, Bl. 204–222, hier Bl. 214.

24 Auftragsinformation, Wien, 6. November 1969, (Thema: Wie wird die Rolle der KPdSU und der UdSSR als Zentrum der kommunistischen Weltbewegung begriffen und wie wird die enge Kampfgemeinschaft KPdSU–SED, Sowjetunion–DDR zum festen Bestandteil der politisch-ideologischen Arbeit gemacht?). SAPMO-BArch, DY 30/IV A 2/20/527, Bl. 69.

25 Zur Entwicklung der Beziehungen zusammenfassend Graf, Maximilian: Ein verdrängtes bilaterales Verhältnis: Österreich und die DDR 1949–1989/90. In: *Zeitgeschichte* 39 (2012) 2, S. 75–97, hier S. 84–89.

26 Monatsbericht Dezember 1980, gezeichnet von Parteisekretär Reichel, 7. Januar 1981. SAPMO-BArch, DY 30/15019.

27 Rechenschaftsbericht der SED-Grundorganisation der Botschaft der DDR in Wien vom 3. April 1982. SAPMO-BArch, DY 30/15016.

28 Monatsbericht Dezember 1980, gezeichnet von Parteisekretär Reichel, 7. Januar 1981. SAPMO-BArch, DY 30/15019.

29 Rathkolb, Oliver: Austria: An Ambivalent Attitude of Trade Unions and Political Parties. In: Goddeeris, Idesbald (Hrsg.): *Solidarity with Solidarity. Western European Trade Unions and the Polish Crisis, 1980–1982*. Maryland 2010, S. 269–288.

30 Monatsbericht September 1981, gezeichnet von Parteisekretär Reichel, 2. Oktober 1981. SAPMO-BArch, DY 30/15019.

Maßnahmen schon früher hätten erfolgen sollen. Am Beispiel der aufs äußerste verleumderischen Polen-Berichterstattung der bürgerlichen österreichischen Massenmedien wurde ein weiteres Mal mit großer Deutlichkeit das Wirken der Meinungsmanipulation im kapitalistischen Staat erläutert.³¹ Wenig überraschend wurde angesichts der Lage in Polen auch der Blick auf die KPÖ gerichtet. Das sich bietende Bild war ein gänzlich anderes als in den 1960er Jahren: „Mit Genugtuung stellen wir fest, daß sich im Berichtszeitraum die Zusammenarbeit mit den ö[sterreichischen] Kommunisten weiter verbessert hat. Die Attacken des Gegners haben das Gegenteil von dem erreicht, was er plante. Ihm ist es nicht gelungen, einen Keil zwischen unsere Parteien zu treiben! Vielmehr gibt es auf allen entscheidenden Gebieten des politischen Lebens eine völlige Übereinstimmung der Auffassungen. Die KPÖ vertritt zu den Entwicklungen in der VRP eine klare marxistisch-leninistische Position, sie versteht es immer besser, ihre Mitglieder auf die Erfordernisse des Kampfes um den Frieden zu orientieren.“³²

1983 hielt Botschafter Horst Grunert in der Berichtswahlversammlung mit Blick auf ganz Österreich fest: „Wir müssen den Österreichern sagen, es wird in der DDR niemals ‚polische Zustände‘ geben. Wir wissen, was sich dahinter verbirgt. [Die] ‚Polnische[n] Zustände‘ waren bereits eine schwere Bedrohung für die Stabilität Europas. Innerhalb der DDR würden sie ein Inferno auslösen. Wir müssen den Österreichern sagen: Eine 5. Kolonne wird es in der DDR niemals geben!“³³ Mit den möglichen Rückwirkungen hatte Grunert recht, seine optimistische Prognose sollte jedoch nicht halten. Abschließend kann festgehalten werden, daß die Grundorganisation der SED in Wien während der Polen-Krise voll auf Parteilinie war.³⁴ Wie sah es aber mit der Nibelungentreue aus, als sich Ende der 1980er Jahre die Perestrojka endgültig Bahn brach, in einigen sozialistischen Staaten Reformen möglich wurden und 1989 schlußendlich das sozialistische Lager zusammenbrach?

Aufziehende Kritik? – das Jahr 1988

Ein Dilemma, vor dem die SED-Repräsentanten in Wien standen, war, daß es trotz gut ausgebauter bilateraler Beziehungen zwischen der DDR und Österreich nicht gelang, ein positiveres DDR-Bild in den Medien des Gastlandes zu etablieren. Wenn man an Mauer und Schießbefehl denkt, ist das auch wenig verwunderlich. Die Grundorganisation mußte freilich einerseits jeden noch so kleinen Fortschritt betonen und andererseits eine andere Erklärung für das bestehende DDR-Bild liefern: „[D]ie jahrelange Hetze gegen den Sozialismus sitzt tief in den Köpfen und macht eine geduldige Arbeit erforderlich, um der Wahrheit zur Ehre zu verhelfen.“³⁵ Bis zum Ende der SED-Herrschaft konnten hier keine durchschlagenden Erfolge erzielt werden. Da Wien der Sitz zahlreicher internationaler Organisationen war, wuchs das SED-Kollektiv in Wien beständig

31 Monatsbericht November/Dezember 1981, gezeichnet von Parteisekretär Reichel, 4. Januar 1982. SAPMO-BArch, DY 30/15019.

32 Rechenschaftsbericht der SED-Grundorganisation der Botschaft der DDR in Wien vom 3. April 1982. SAPMO-BArch, DY 30/15016.

33 Diskussionsbeitrag Botschafter Horst Grunert auf der Berichtswahlversammlung der Grundorganisation Wien am 25. November 1983. SAPMO-BArch, DY 30/15016.

34 Zur Haltung der SED während der Krise in Polen siehe Kubina, Michael/Wilke, Manfred: „Hart und kompromisslos durchgreifen“. Die SED contra Polen 1980/81. Geheimakten der SED-Führung über die Unterdrückung der polnischen Demokratiebewegung. Berlin 1995; siehe zudem und für die weitere Entwicklung Olschowsky, Burkhard: Einvernehmen und Konflikt. Das Verhältnis der DDR und der Volksrepublik Polen 1980–1989. Osnabrück 2005.

35 Rechenschaftsbericht der SED-Grundorganisation der Botschaft der DDR in Wien auf der Berichtswahlversammlung der Grundorganisation Wien am 25. November 1983. SAPMO-BArch, DY 30/15016.

an. Seit Anfang 1986 gab es mit Rainer Seidel einen hauptamtlichen Sekretär der SED-Grundorganisation in Wien. 1987 wurde die Grundorganisation sogar in drei Abteilungsparteiorganisationen (APO) aufgeteilt: 1) die Botschaft der DDR in Österreich, 2) die Handelspolitische Abteilung, 3) die DDR-Vertretungen bei internationalen Organisationen in Wien.³⁶

Bereits Anfang 1988 war von der Studierenden aus der DDR in Wien die Kritik geäußert worden, daß die DDR-Massenmedien zu spät über tagesaktuelle Ereignisse berichten würden. In der Regel hinkte man den „bürgerlichen“ Medien um drei Tage hinterher. Dies erschwerte natürlich die „offensive“ Argumentation in „Kontaktgesprächen“. Zunehmend wurden auch die Reisemöglichkeiten für DDR-Bürger im allgemeinen³⁷ und für Rentner im besonderen diskutiert. Am meisten bewegten aber die Veränderungen, die in der Sowjetunion vor sich gingen. Die Veröffentlichung von zunächst in der *Sovetskaja Rossija* und *Pravda* publizierten Artikeln im *Neuen Deutschland* löste „rege“ Diskussionen im „Parteikollektiv“ aus: „Vielfach wurde zum Ausdruck gebracht, daß damit erst richtig klar geworden wäre, in welchem breitem Maße die Umgestaltung in der UdSSR verläuft und daß bei weitem nicht nur die Wirtschaft betroffen sei. Es erfolge vor allem eine Umwälzung im Denken und in den Verhaltensweisen der Menschen, so daß die heute in der SU [= Sowjetunion] verlaufenden Entwicklungen als Fortsetzung der sozialistischen Revolution auf höherer Stufenleiter bewertet werden können.“ Jedoch wurde auch die Ansicht vertreten, daß die Veröffentlichung des Artikels aus der *Sovetskaja Rossija* im *Neuen Deutschland* „nicht richtig gewesen sei“, da in diesem „Thesen vertreten werden, von denen sich auch unsere Partei distanziert hat (großrussischer Chauvinismus, Verteidigung Personenkult um Stalin, ganze Nationen und Nationalitäten werden als konterrevolutionär eingestuft, Verteidigung von Dogmatismus, Nihilismus). Die kommentarlose Veröffentlichung eines solchen Artikels hat Verwundung ausgelöst.“ Dagegen wurde betont: „Es war auf jeden Fall richtig, sofort nach seinem Erscheinen auch den *Pravda*-Artikel abzudrucken. Dieser hat viele Fragen klären können und der Überwindung falscher Vorstellungen aus dem ersten Artikel geholfen.“ Abschließend wurde erstmals die Unzufriedenheit mit der mangelnden Information durch die Zentrale in Ost-Berlin angedeutet: „Generell wird in diesem Zusammenhang bemängelt, daß es zu wenig parteiinterne Informationen und Wertungen zur Entwicklung in der UdSSR aus der Sicht unserer Partei gibt, insbesondere, da der Klassengegner in der ideologischen Auseinandersetzung dies zu einem Hauptthema erklärt hat.“³⁸

Noch war der Glaube an die veröffentlichte SED-Propaganda groß genug. Das Wiener „Kollektiv“ hatte den Verlauf und die Ergebnisse der 19. Allunionskonferenz der KPdSU „mit großem Interesse“ verfolgt: „Die Mehrzahl der Genossen zeigte sich beeindruckt von dem neuen Stil der Meinungsbildung auf der Konferenz und der Lebendigkeit der Diskussion. Dabei wurde begrüßt, daß das Neue Deutschland und andere Medien der DDR so ausführlich und authentisch darüber berichteten und dem Klassengegner damit seine Differenzierungsversuche erheblich erschwert hat. Es wurde auch festgestellt, daß die Moskauer Parteikonferenz für uns deutlich gemacht habe, welchen weitsichtigen und konsequenten Kurs unsere Partei seit vielen Jahren verfolgt und sich

36 Zu den strukturellen Veränderungen siehe das umfangreiche Material in: SAPMO-BArch, DY 30/15017.

37 Bericht über die Parteiarbeit im Monat Januar 1988, gezeichnet Parteisekretär Seidel, Wien 9. Februar 1988. SAPMO-BArch, DY 30/15022

38 Bericht über die Parteiarbeit im Monat April 1988, gezeichnet Parteisekretär Seidel, Wien, 9. Mai 1988. SAPMO-BArch, DY 30/15022.

viele Probleme bei uns ganz anders stellten.“³⁹ Hier folgte man blind dem Kurs und der Sichtweise der Zentrale in Ost-Berlin.

Die wirtschaftliche Lage war bereits weitaus kritischer. Nachdem die Planaufgabe im Bereich des Exports in den ersten Monaten des Jahres 1988 immer wieder verändert worden war, blieb Parteisekretär Seidel nichts anderes übrig, als im Bericht an das ZK festzuhalten: „Unverständnis findet bei uns die ständige Veränderung der staatlichen Planaufgabe.“⁴⁰ Dennoch wurde zunächst der Fokus auf Selbstkritik und die Arbeit vor Ort gelegt: „Es zeigte sich, daß die Genossen selbst gegenseitig darauf achteten, daß keine nutzlosen Fehlerdiskussionen geführt werden, sondern immer mehr die Frage gestellt wird, was können wir mit unserer eigenen Arbeit dazu beitragen, um zur Lösung der von der Parteiführung angesprochenen Probleme beizutragen.“ Es ging darum „keine Resignation angesichts der schwierigen Situation zur Erfüllung des DDR-Exportplanes aufkommen zu lassen und stets eine kämpferische Haltung aller Genossinnen und Genossen auf diesem Gebiet zu gewährleisten.“⁴¹ Dies konnte aber eine Fortsetzung der Diskussion der offensichtlichen Mißstände auf dem ökonomischen Sektor nicht verhindern: „Erneut wurde [...] der Widerspruch zwischen Planaufgabe und real als Endprodukt verfügbaren Fonds, der sich in einer ganzen Reihe von Wirtschaftszweigen zeigt, kritisch angesprochen. Die zunehmenden Fälle, daß Kundenbedürfnisse nicht zum Vertragsabschluß führen bzw. nicht geführt werden können, weil trotz Einschaltung aller Leitungsebene[n] keine Ware vorhanden ist und andererseits aber die staatliche Auflage nicht erfüllt werden kann, werfen kritische Fragen zum Verhältnis von Wirtschaft und Planung auf. Die Genossen vertreten die Meinung, daß der Druck auf die ‚Planverantwortlichen‘ [...] nicht zu erhöhten Vertragsbindungen führen kann, wenn objektiv die materiellen Voraussetzungen in unserer Volkswirtschaft nicht gegeben sind.“⁴² Im Juli klang der Bericht schon fast resigniert: „Von hier aus ist kaum noch einzuschätzen, warum [...] laufend Veränderungen in den Eckziffern vorgenommen werden. [...] Im Parteikollektiv findet diese Zahlenakrobatik kein Verständnis.“ Die ohnehin schon beschränkte Wettbewerbsfähigkeit der DDR-Produkte und Dienstleistungen hatte darunter erheblich zu leiden.⁴³ Obwohl in Ost-Berlin seitens der Abteilung Internationale Verbindungen beim ZK der SED um Aufklärung durch die handelspolitischen Stellen gebeten wurde, trat keine Veränderung mehr ein. Die APO 2 begnügte sich in ihrer Wahlberichtsversammlung darauf festzuhalten, daß Kritik an den Mißständen in der DDR nicht zielführend sei, die Konzentration wurde auf die Arbeit im Gastland gelegt: „Wir haben erkannt, daß es nichts nützt, über Schwierigkeiten in der Heimat, z. B. ungenügende Warenbereitstellung für den Außenhandel oder mangelhafte Transportqualität und unzureichende Kapazitäten für Übernachtungen ausländischer Touristen in der DDR zu diskutieren. Nein, wir haben uns darauf konzentriert, die Probleme, die ‚Vor

39 Bericht über die Parteiarbeit im Monat Juni 1988, gezeichnet stellvertretender Parteisekretär Krebs, Wien, 11. Juli 1988. SAPMO-BArch, DY 30/15022.

40 Bericht über die Parteiarbeit im Monat Mai 1988, gezeichnet Parteisekretär Seidel, Wien, 10. Juni 1988. SAPMO-BArch, DY 30/15022.

41 Zur Umsetzung der Rede des Genossen Erich Honecker vor den 1. Kreissekretären in der Grundorganisation Wien, Wien, 27. Juni 1988, SAPMO-BArch, DY 30/15022.

42 Bericht über die Parteiarbeit im Monat Juni 1988, gezeichnet stellvertretender Parteisekretär Krebs, Wien, 11. Juli 1988. SAPMO-BArch, DY 30/15022.

43 Bericht über die Parteiarbeit im Monat Juli 1988, Wien, 12. August 1988, gezeichnet Parteisekretär Seidel. SAPMO-BArch, DY 30/15022.

Ort‘ stehen, zu lösen, unser eigenes Tun und Handeln überprüft und uns darauf konzentriert, trotz aller objektiv wirkender negativer Einflußfaktoren in erste Linie subjektive Faktoren abzubauen bzw. zu beseitigen.“⁴⁴

Aber auch die im wirtschaftlichen Bereich tätigen Auslandskader konnten sich den aktuellen politischen Entwicklungen nicht entziehen. Auf der Delegiertenkonferenz zur Rechenschaftslegung und Neuwahl der Leitung der Parteiorganisation ging Armin Edelhagen, der stellvertretende Leiter der Verkehrsvertretung auf die Erfahrungen und Ergebnisse in der politischen Arbeit, der Kontaktarbeit mit den österreichischen Partnern und der auslandsinformativischen Arbeit ein: „[I]nhaltlich konzentrierte sich unsere Gesprächsarbeit mit öster[reichischen] Partnern auf politische Tagesfragen und Fragen der Wirtschaftspolitik der DDR, wobei häufig Bezüge zur Entwicklung in der Sowjetunion hergestellt wurden. In vielen Fragestellungen ist zu erkennen, daß sie auf der Argumentation der imperial[istischen] Massenmedien aufbauen. Hierbei dominierten solche Fragen wie: Wann geht man in der DDR von der Planwirtschaft ab? Wann werden in der DDR Konkurrenzunternehmen zur Belebung der Volkswirtschaft gegründet usw., wobei gleichzeitig mit der Entwicklung in den anderen sozialistischen Ländern versucht wurde, bestimmte Parallelen herzustellen. Hintergründig wurde auch versucht, das Vertrauensverhältnis zur Parteiführung in Frage zu stellen. Bei der Beantwortung dieser Fragen haben wir die Erfahrung gemacht, daß in einem offensiven Vorgehen, in einer klaren parteilichen Haltung und in dem Wissen, daß unsere Parteiführung im engen Bündnis mit allen Genossen um die Lösung unserer Probleme kämpft, der Schlüssel zum Erfolg liegt.“⁴⁵

In der zweiten Jahreshälfte wurden internationale Fragen in der Grundorganisation vehement diskutiert. Im Vordergrund stand die Entwicklung in Polen. Hier wurde Sorge über „die erheblichen Störungen im gesellschaftlichen Leben der VR Polen, die durch die jüngsten Streiks verschärft wurden“ geäußert.⁴⁶ Außerdem setzte man sich mit den krisenhaften Beziehungen zwischen der Ungarischen Volksrepublik (UVR) und Rumänien, den „Ereignissen“ in den Krisenregionen Iran/Irak, Angola, Kambodscha und Afghanistan auseinander. In gewohnter Manier wurde trotz aller grundlegender Skepsis gegenüber der Perestrojka und ungeachtet der Auswirkungen von Gorbatschows Politik auf die internationale Lage festgehalten: „Es wird als richtig empfunden, daß sich die UdSSR und andere Länder, wie Kuba, aus letztgenannten Ländern zurückziehen und sich darauf konzentrieren, den Sozialismus in ihren eigenen Staaten stärker und attraktiver zu machen.“⁴⁷ Anlässlich des Besuchs von Honecker in der Sowjetunion im September 1988 wurde „der weitere Ausbau der brüderlichen Beziehungen begrüßt“. Eine „Schlussfolgerung“ war, „noch enger mit den Genossen der sowjetischen Botschaft in Österreich zusammenzuarbeiten“. Das die Initiative dazu von Seiten der DDR ausgehen mußte, war ebenfalls klar.⁴⁸

Ende 1988 wurde also bei den Diskussionen internationaler Fragen in der Parteiarbeit noch die unverbrüchliche Solidarität mit der Sowjetunion bekundet. Trotz Mahnungen

44 Berichtswahlversammlung der APO 2 am 20. Oktober 1988. SAPMO-BArch, DY 30/15018.

45 Delegiertenkonferenz zur Rechenschaftslegung und Neuwahl der Leitung der Parteiorganisation am 7. November 1988. SAPMO-BArch, DY 30/15018.

46 Wahlberichtsversammlung der APO I am 10. Oktober 1988. SAPMO-BArch, DY 30/15018.

47 Bericht über die Parteiarbeit im Monat August 1988, gezeichnet Parteisekretär Seidel, Wien, 9. September 1988. SAPMO-BArch, DY 30/15022.

48 Bericht über die Parteiarbeit im Monat September 1988, gezeichnet Parteisekretär Seidel, 13. Oktober 1988. SAPMO-BArch, DY 30/15022.

zum Erhalt der „Verteidigungsfähigkeit“ der sozialistischen Länder wurden Abrüstungsschritte begrüßt: „Die einseitigen Initiativen der UdSSR, einschließlich des Abzuges sowjetischer Einheiten aus der DDR, finden ungeteilte Zustimmung und werden als ein erneuter Beweis des ehrlichen Willens der sowjetischen Partei- und Staatsführung gesehen, den Entspannungsprozeß durch das eigene positive Beispiel maßgeblich zu fördern.“ Auch die Kontinuität der Sozialpolitik der DDR wurde anerkennend vermerkt. Der Schwerpunkt der Auslandsarbeit im Jahr 1989 lag auf den Vorbereitungen für die Begehung des 40. Jahrestages der DDR.⁴⁹

Neben dem relativ offen zur Schau gestellten Unverständnis für die Wirtschaftspolitik der DDR und gelegentliche Kritik an den Reiseregulungen waren aber bereits 1988 weitere Kritikpunkte offen zu Tage getreten, wie die folgende Episode veranschaulichen soll: „Sehr kritisch wird über den neuen Preis des PKW ‚Wartburg‘ diskutiert. Er wird als sehr überhöht gesehen. Das Argument der höheren Kosten für neue Technik und Kaufkraftabschöpfung findet in diesem Fall keine Zustimmung.“⁵⁰ Die hier aufgeworfenen Probleme und Grundhaltungen fanden sich auch im Rechenschaftsbericht von Parteisekretär Seidel wieder, der trotz allem festhielt: „In vielen Parteiveranstaltungen haben wir [...] diskutiert und haben dabei unseren Standpunkt gefestigt, daß die Politik unserer Partei für unser Land richtig und erfolgreich ist und wir uns fest zu ihr bekennen.“⁵¹ Die Berichte der SED-Grundorganisation in Wien, in der die Mitarbeiter der DDR-Auslandsvertretungen zusammengefaßt waren, geben Einblick in das Dilemma der SED-Kader: Einerseits wurde die Politik der Partei- und Staatsführung gebilligt, andererseits finden sich insbesondere seit 1988 auch vorsichtig kritische Anmerkungen in diesen Berichten.

Wachsende Dissonanzen im Frühjahr 1989

Nach dem Abschluß der KSZE-Nachfolgekonferenz in Wien am 19. Januar 1989 zeigten sich aber bereits erste tiefere Nuancierungen in der politischen Diskussion der Grundorganisation. Die Ergebnisse von Wien wurden „als ein weitgehender Kompromiß gesehen, der zur Erreichung des Mandats für die Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa und Fortsetzung der Konferenz über vertrauensbildende Maßnahmen erforderlich war, obwohl er bei den sogenannten Menschenrechts- und humanitären Fragen vielen Genossen unsererseits bis an die Grenzen des Möglichen gegangen ist.“ Unverständnis wurde dem „differenzierte[n] Verhalten der sozialistischen Länder“ entgegengebracht, während der Westen geschlossen aufgetreten war. Während die Reaktionen von Außenminister Fischer und Generalsekretär Honecker zu den „Angriffen auf die ‚Berliner Mauer‘“ begrüßt wurden, wurden die Aussagen des sowjetischen Außenministers Eduard A. Schewardnadse als „völlig deplaziert“ bezeichnet: „Viele Genossen stellten die Frage, ob die UdSSR jetzt davon abgehe, daß die Errichtung der ‚Mauer‘ auf Grund eines gemeinsamen Beschlusses der Warschauer Vertragsstaaten erfolgte.“ Unverständnis brachte man aber auch den Reiseregulungen der DDR entgegen. Anfang Januar war angekündigt worden, daß die SED binnen vierzehn Tagen eine Regelung für Privatreisen von im Ausland tätigen DDR-Bürgern auf den Weg bringen will. Aber nichts dergleichen war erfolgt. Die Leitung berichtete in Ermangelung

49 Bericht über die Parteiarbeit im Monat Dezember 1988, gezeichnet Parteisekretär Seidel, Wien, 12. Januar 1989. SAPMO-BArch, DY 30/15022.

50 Bericht über die Parteiarbeit im Monat August 1988, gezeichnet Parteisekretär Seidel, Wien, 9. September 1988. SAPMO-BArch, DY 30/15022.

51 Rechenschaftsbericht verlesen durch den Sekretär der Grundorganisation Seidel auf der Delegiertenkonferenz zur Rechenschaftslegung und Neuwahl der Leitung der Parteiorganisation am 7. November 1988. SAPMO-BArch, DY 30/15018.

einer Weisung in aller Deutlichkeit an die Zentrale in Ost-Berlin: „Wir sind nicht mehr in der Lage, dazu glaubwürdig zu argumentieren.“⁵² Nachdem die Reiseregelung, die der Ministerrat bereits am 9. Januar 1989 beschlossen hatte, bekannt geworden war, wurde diese zwar grundsätzlich begrüßt, jedoch gab es auch Kritik, da diese für die Betroffenen „keine besondere Erleichterung“ mit sich brachte.⁵³

Im Frühjahr 1989 wurden dann vermehrt die internationale Lage und insbesondere die Veränderungen in den sozialistischen Staaten vom „Kollektiv“ in Wien ausführlich diskutiert. Hier war man noch weitestgehend auf Linie. Der Bericht über die Parteiarbeit im März 1989 vermerkte: „Sorge äußerten viele Genossen über die Entwicklung in der UVR und VRP. Es wird in Zweifel gezogen, ob die sich in diesen Ländern vollziehenden Prozesse überhaupt noch von den Grundlagen und -werten des Sozialismus bestimmt werden. Dabei wird die Rolle der Gegner des Sozialismus und seiner Ziele klar erkannt. Gleichzeitig wird zum Ausdruck gebracht, daß es zur Politik unserer Partei unter den Bedingungen der DDR keine Alternative gibt und daraus die Schlußfolgerung gezogen, persönlich alles zu tun, um diese Politik mit in die Tat umzusetzen.“ Die Wahlvorbereitungen in der DDR wurden begrüßt.⁵⁴

Die offensichtlich gefälschten Ergebnisse der „Kommunalwahlen“ im Mai, die in der DDR zu Protesten führten,⁵⁵ wurden von der Grundorganisation in Wien „als eindeutige Bestätigung der Richtigkeit der Politik unserer Partei und Regierung gesehen.“ Jedoch wurde festgehalten, daß man in Österreich mit Fragen zum „Wahlssystem“ konfrontiert sei. Im Zentrum der Diskussion, so der Bericht weiter, standen aber die Reformen in den „Bruderländern“ und das Massaker am Tiananmen-Platz durch das chinesische Militär: „Immer wieder im Mittelpunkt von Diskussionen stehen die Entwicklungen in der UVR, VRP und UdSSR. Die Sorgen und das Unverständnis über bestimmte Entwicklungen in diesen Ländern wachsen, insbesondere wenn es – wie in Ungarn und Polen – um die Aufgabe von Grundwerten des sozialistischen Systems wie z. B. der führenden Rolle der Partei, der sozialistischen Ideologie geht. Für sehr wichtig werden deshalb die Treffen und Kontakte der Bruderparteien gesehen wie z. B. das freundschaftliche Treffen zwischen Genossen Honecker und Jaruzelski und die Hoffnung dazu ausgedrückt, daß die Vereinbarungen über die Zusammenarbeit durch die PVAP auch realisiert werden können. In Bezug auf die Sowjetunion gibt es keinen Zweifel über die politische und organisatorische Kraft der KPdSU, die Politik der Umgestaltung erfolgreich durchzuführen. In Frage steht, ob es richtig war, alle Probleme gleichzeitig lösen zu wollen.“⁵⁶

Trotz der stets positiven Formulierungen zeigten sich auch hier Zweifel an der Stabilität des „Bruderbundes“. Die schärfste Diskussion hat mit Sicherheit aber das Massaker in China am 4. Juni 1989 und die empörte Reaktion des Westens verursacht. Gorbatschows kurz davor stattgefundenen, im Zeichen der sowjetisch-chinesischen Entspannung stehenden Besuch wurde als Stärkung des sozialistischen Lagers begrüßt, die „vielen sozialismusfeindlichen Kräften nicht gefällt“, was sich in den „sich gegenwärtig in der VR

52 Bericht über die Parteiarbeit im Monat Januar 1989, gezeichnet Parteisekretär Seidel, Wien, 9. Februar 1989. SAPMO-BArch, DY 30/15022.

53 Bericht über die Parteiarbeit im Monat Februar 1989, gezeichnet Parteisekretär Seidel, Wien, 13. März 1989. SAPMO-BArch, DY 30/15022.

54 Bericht über die Parteiarbeit im Monat März 1989, gezeichnet Parteisekretär Seidel, Wien, 11. April 1989. SAPMO-BArch, DY 30/15022.

55 Zu Vorbereitung, Ablauf und Fälschung der „Kommunalwahlen“ im Mai 1989 in der DDR, siehe Kowalczyk, Ilko-Sascha: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR. München 2009, S. 318–333.

56 Bericht über die Parteiarbeit im Monat Mai 1989, gezeichnet Parteisekretär Seidel, Wien, 7. Juni 1989. SAPMO-BArch, DY 30/15022.

China vollziehenden innenpolitischen Prozessen“ zeigen würde. Dazu hieß es weiter im Monatsbericht:

„Es wird von vielen Genossen bedauert, daß der entstandene Konflikt nicht mit friedlichen Mitteln zu lösen war. Gleichzeitig wird erkannt, daß die chinesische Partei- und Staatsführung auf Grund des erbitterten Widerstandes der konterrevolutionären Kräfte keine andere Wahl hatte, um Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. Die im ND [= *Neues Deutschland*] veröffentlichten Informationen über die Lage in der VR China waren für unsere Argumentation sehr wichtig, da unsere Mitarbeiter tagtäglich mit der Hetzpropaganda der österreichischen Massenmedien gegen die chinesische Führung konfrontiert werden.“⁵⁷

Man verteidigte also die von der SED-Führung im allgemeinen und Egon Krenz im besonderen vorgegebene Linie. Einer weiteren Diskussion darüber und Konfrontation mit den Reaktionen darauf konnte man sich allerdings nicht entziehen:

„So sehen sich sowohl die Diplomaten der Botschaft als auch die Internationalen Funktionäre der DDR von ihren Kontaktpartnern (Österreicher aller politischen Lager, einschließlich KPÖ; Vertreter aus Entwicklungsländern und anderer kapitalistischer Staaten) fast ausschließlich mit Meinungen konfrontiert, die die Niederschlagung der Konterrevolution als ‚Unterdrückung des Freiheitsstrebens‘, das Vorgehen der Armee als ‚grausam‘ und ‚militärdiktatorisch‘ im Sinne lateinamerikanischer Militärjuntas bewerteten. Die Haltung der DDR wird von den Kontaktpartnern nicht verstanden bzw. abgelehnt. [...] Obwohl die Ereignisse als innere Angelegenheiten der VR Chinas gesehen wurden, wurde doch in Meinungsäußerungen der Genossen deutlich, daß eine wissenschaftlich begründete Gesellschaftskonzeption, die alle Bereiche erfaßt und disproportionale Entwicklungen ausschalten muß, unbedingt erforderlich ist.“⁵⁸

In Ost-Berlin hatte man sich fortan verstärkt mit den Auswirkungen der Entwicklungen in Ungarn zu befassen. Gleiches galt für die Grundorganisation der SED in Wien. Zunächst brachen viele der DDR-Auslandskader zu ihrem „Heimaturlaub“ auf. Die bereits veränderte Lage in der DDR sollte nicht ohne Rückwirkungen auf sie bleiben. Zahlreiche DDR-Bürger hingegen strebten einen Urlaub am ungarischen Balaton an – viele hofften oder ahnten bereits, daß daraus mehr werden könnte, weil sie eben nicht an tiefgreifende Veränderungen in der DDR glaubten. Die Krisenspirale drehte sich weiter. Wie kam es aber dazu? Hier scheint ein kurzer Einschub zum historischen Kontext notwendig. In Ungarn war 1988 die Reisefreiheit aller Bürger in Kraft getreten. In der ungarischen Politik war es zu grundlegenden Veränderungen gekommen, die die rasanten Entwicklungen des Jahres 1989 möglich machten. Angekündigt im Februar, wurde bereits im Mai mit dem Abbau der technischen Grenzsperrn an der österreichisch-ungarischen Grenze begonnen. Die Bilder von den Abbrucharbeiten, von Alois Mock und Gyula Horn bei der inszenierten Durchschneidung des „Eisernen Vorhangs“ Ende Juni 1989 sowie jene vom Paneuropa-Picknick im August 1989 waren in einem kaum zu unterschätzenden Maße dafür verantwortlich, daß sich die Fluchtbewegung der DDR-Bürger ausweitete. Am 11. September 1989 öffnete Ungarn gegen den Willen der SED-Führung schließlich die Grenze, und Österreich unterstützte die Aus- und Weiterreise der DDR-Bürger in die Bundesrepublik.⁵⁹

57 Bericht über die Parteiarbeit im Monat Mai 1989, gezeichnet Parteisekretär Seidel, Wien, 7. Juni 1989. SAPMO-BArch, DY 30/15022.

58 Bericht über die Parteiarbeit im Monat Juni 1989, gezeichnet vom stellvertretenden Parteisekretär W. Meister, Wien, 28. Juni 1989. SAPMO-BArch, DY 30/15022.

59 Zur Grenzöffnung grundlegend und detailliert Oplatka, Andreas: Der erste Riß in der Mauer. September 1989 – Ungarn öffnet die Grenze. Wien 2009; Zusammenfassend im Kontext der Langzeitentwicklungen, des österreichisch-ungarischen-ostdeutschen Verhältnisses: Graf, Maximilian: Die Welt blickt auf das Burgenland. 1989 – die Grenze wird zum Abbild der Veränderung. In: Graf,

Flüchtlingskrise, Grenzöffnung, „Mauerfall“ und Machtverfall der SED aus Sicht der DDR-Repräsentanten in Wien

Bereits im Juni war Ungarn neben China die größte Herausforderung für die SED-Vertreter in Wien. Die innere Entwicklung Ungarns wurde „[k]ritisch und mit großer Sorge“ betrachtet, im Bericht nach Ost-Berlin betonte man, kein Verständnis für die Neubewertung der Ereignisse des Jahres 1956 durch die ungarische Regierung zu haben. Zudem stellte sich im „Kollektiv“ die Frage, „ob die neuen ungarischen Grenzregelungen zu Österreich in Abstimmung mit den [Staaten des] Warschauer Vertrag[s] erfolgen oder eigenmächtige Entscheidungen darstellen.“⁶⁰

Der Bericht der Grundorganisation der SED in Wien über die Parteiarbeit im Monat Juli gab zwar an, daß die konsequente Haltung der SED ihre Mitglieder in ihrer Arbeit bestärken würde, brachte aber gleichzeitig auch zum Ausdruck, daß „die Sorge darüber zunimmt, wie diese gute Politik der Gestaltung des Sozialismus in den Farben der DDR bei dem sich rasch verändernden Umfeld und dem großen Druck des Gegners auf unseren Staat und unsere Menschen auch perspektivisch gesichert werden kann.“ Viele Mitglieder der Grundorganisation, die von ihrem Urlaub in der DDR nach Wien zurückgekehrt waren „berichten über Irritationen, Verunsicherungen, Mißstimmungen und Beschwerden, die sie von Bürgern in der DDR zur Kenntnis nehmen mußten.“ Diese warfen insbesondere mit Blick auf die „Flüchtlingskrise“ einige Fragen auf, die auch nach Ost-Berlin kommuniziert wurden:

„Was wird getan, um den Ursachen für die große Zahl von Ausreisen und Verrat der DDR durch illegale Grenzübertritte offensiv zu begegnen? Können wir auf diese Arbeitskräfte ohne größeren Schaden für unsere Volkswirtschaft verzichten? Ist die immer größer werdende Anzahl ausländischer Arbeitskräfte in der DDR eine äquivalente Lösung?“⁶¹

Offen wurde eingestanden, daß diese Fragen auch das Kollektiv beschäftigten, da seine Mitglieder „täglich Meldungen über den illegalen Grenzübertritt von DDR-Bürgern aus der UVR nach Österreich aus den österreichischen Massenmedien zur Kenntnis nehmen“ mußten. In den Gesprächen vor Ort wurden sie „verstärkt nach den Ursachen dieses Verhaltens von DDR-Bürgern gefragt.“⁶² Noch wurde diesen Fragen mit den offiziell vorgegebenen Argumenten und über die Veröffentlichungen im *Neuen Deutschland* begegnet. Jedoch wurde auch Kritik an der inneren Lage der DDR geäußert: „Bürger der DDR, die über keine Devisen verfügen und auch nicht ins kapitalistische Ausland reisen können, fühlen sich z. B. durch den Ausbau der Intershop-Geschäfte immer stärker benachteiligt, weil hochwertige Waren eben nur dort gekauft werden können. Die ökonomische Notwendigkeit dieser Geschäfte für die DDR wird dabei untergeordnet berücksichtigt.“⁶³

Offenbar war das Verständnis für die „ökonomische Notwendigkeit“ nicht mehr besonders hoch. Außerdem wurde Beschwerde geführt über die „[s]chlechte zahnärztliche Betreuung in der DDR“, da es vielen „Genossen“ nicht gelungen war, „während des

Maximilian/Lass, Alexander/Ruzicic-Kessler, Karlo (Hrsg.): Das Burgenland als internationale Grenzregion im 20. und 21. Jahrhundert. Wien 2012, S. 135–179.

60 Bericht über die Parteiarbeit im Monat Juni 1989, gezeichnet vom stellvertretenden Parteisekretär W. Meister, Wien, 28. Juni 1989. SAPMO-BArch, DY 30/15022.

61 Bericht über die Parteiarbeit im Monat Juli 1989, gezeichnet Parteisekretär Seidel, Wien, 10. August 1989. SAPMO-BArch, DY 30/15022.

62 Bericht über die Parteiarbeit im Monat Juli 1989, gezeichnet Parteisekretär Seidel, Wien, 10. August 1989. SAPMO-BArch, DY 30/15022.

63 Bericht über die Parteiarbeit im Monat Juli 1989, gezeichnet Parteisekretär Seidel, Wien, 10. August 1989. SAPMO-BArch, DY 30/15022.

Urlaubs einen Zahnarzttermin zu erhalten, woraus für den Staatshaushalt zusätzliche Valutakosten erwachsen können“. In den „Verkaufsstellen“, in Gaststätten und im Dienstleistungsbereich hatte man eine verstärkte „Interesselosigkeit“ bei den Angestellten bemerkt. Zudem fragte man: „Warum wird bei zunehmendem Alkoholismus in der DDR das Angebot an harten Alkoholika ständig erweitert?“ Angesichts eines derartigen – noch lange nicht vollständigen – Problemerkatalogs wurde ein letzter bedeutender Punkt angesprochen, der von einem gewissen „Aufwachprozeß“ zeugt: „Es wird auch verstärkt in Zweifel gezogen, ob die überbetonte Erfolgsberichterstattung in unseren Medien wirklich noch als mobilisierender Faktor wirkt.“⁶⁴

Hier zeigt sich deutlich die Translokalität der Ereignisse des Jahres 1989. Wenig bis gar keine Kritik war bisher an der Entwicklung der DDR geäußert worden. Im Sommer 1989 fuhren die von den internationalen Entwicklungen der letzten Monate ohnehin schon erschütterten SED-Kader aus Wien auf „Heimurlaub“ in die DDR. Dort hatte sich seit dem letzten Besuch einiges geändert. Auf einmal waren sie mit offener Unzufriedenheit konfrontiert, von der sie auf dem Posten in Wien zuvor keine Kenntnis hatten. Vieles von dem, was sonst als westliche „Propaganda“ abgetan wurde, mußte nun als tatsächlich existierender Mißstand erkannt werden. Wie tiefgreifend diese Erfahrung war, zeigt sich auch darin, daß darüber in Wien auf einmal offen diskutiert wurde und über diese kritischen Diskussionen auch an die Zentrale in Ost-Berlin berichtet wurde. Die Wiener SED-Grundorganisation übte offen Kritik an der Politik ihrer Partei. Bestärkt wurde diese Haltung durch die mißliche Lage vor Ort, wo man tagtäglich mit der Flucht von DDR-Bürgern über die österreichisch-ungarische Grenze konfrontiert war.

Die sich zuspitzende Flüchtlingswelle hinterließ auch im Bericht über die Parteiarbeit im August 1989 deutliche Spuren. Offen wurde die Frage gestellt „wie dieser Situation langfristig begegnet werden soll“. Viele forderten „eine offensivere, kritische und kämpferische Informations- und Medienpolitik“, da die „Sprechererklärungen des Außenministeriums“ die „Fragen nach den Ursachen“ nicht zu beantworten vermochten. Grund hierfür war sicher auch, daß man in Österreich ständig mit dieser Frage konfrontiert war und die Gesprächspartner – wenn auch angeblich „zurückhaltend“ – fragten, „ob die DDR nicht selbst an der entstandenen Lage Schuld sei.“⁶⁵

Nach der Grenzöffnung am 11. September 1989 nannten die Genossen in internen Diskussionen als Ursachen für die entstandene Situation die „Schönfärberei gegenüber unserer Parteiführung über die Probleme der Bevölkerung und konkrete Lage in der Volkswirtschaft“, die „[u]ngenügende Information der Bevölkerung, einschließlich der Parteimitglieder, über Probleme in der DDR und zu Schlußfolgerungen zu ihrer Bewältigung“ sowie Schwächen der nicht mehr zeitgemäßen Jugendarbeit. Sie erwarteten, daß die Parteiführung „baldmöglichst über Schlußfolgerungen aus der entstandenen Situation informiert“ und sahen die Zusammenarbeit im Rahmen der sozialistischen Vertragssysteme bereits in nächster Zukunft gefährdet.⁶⁶ Anfang Oktober 1989 wurde nachdrücklich betont: „Es wächst die Ungeduld darüber, daß es keine Informationen und Einschätzungen durch die Parteiführung gibt.“⁶⁷ Die Agonie der SED-Führung wurde also auch ihren Auslandskadern endgültig zuviel.

64 Bericht über die Parteiarbeit im Monat Juli 1989, gezeichnet Parteisekretär Seidel, Wien, 10. August 1989. SAPMO-BArch, DY 30/15022.

65 Bericht über die Parteiarbeit im Monat August 1989, gezeichnet Parteisekretär Seidel, Wien, 8. September 1989. SAPMO-BArch, DY 30/15022.

66 Beschlußprotokoll der GO-Leitungssitzung am 18. September 1989, gezeichnet Parteisekretär Seidel, Wien, 19. September 1989. SAPMO-BArch, DY 30/15022.

67 Beschlußprotokoll der GO-Leitungssitzung am 3. Oktober 1989, gezeichnet Parteisekretär Seidel, Wien, 4. Oktober 1989. SAPMO-BArch, DY 30/15022.

Nach den Zwischenfällen während der Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR und der anhaltenden Demonstrationen unzufriedener Bürger, wurde am Tag der Absetzung Honeckers in der Leitung der Grundorganisation die Stellungnahme des SED-Politbüros vom 11. Oktober 1989 diskutiert. Über die Ergebnisse meldete man an die Zentrale: „Die Erklärung des P[olitbüros] wurde als dringend notwendig, aber noch nicht ausreichend begrüßt. Erster Schritt zur Schadensbegrenzung. Es wird erwartet, daß umgehend das ZK die Lage berät und der Partei und den Bürgern eine Orientierung für die Lösung der Probleme gibt. Die Partei muß als machtausübende Partei sprechen und handeln und darf zu keinem Zeitpunkt die Initiative verlieren.“ Vor Ort galt es, das ob der unsicheren weiteren Entwicklung verlorengangene geglaubte Vertrauen der österreichischen Partner zurückzugewinnen.⁶⁸

Anfang November 1989 herrschte „Ungeduld hinsichtlich [des] Tempo[s] der Veränderungen und [der] Wiedererlangung [der] Initiative durch [die] Partei.“ Immer wieder war die Frage aufgetaucht, wie es „soweit kommen“ konnte und wie eine „Wiederholung“ auszuschließen sei. Das Informationsbedürfnis wurde durch die Zentrale nicht gedeckt.⁶⁹ Detaillierteren Einblick gibt der Bericht über die Parteiarbeit im Oktober 1989, der erst zwei Tage vor dem Fall der Mauer abgeschlossen worden war. In der Grundorganisation waren die Feiern anlässlich des 40. Jahrestages der DDR „auf Grund der wachsenden Unzufriedenheit der Genossen mit der Sprachlosigkeit der Parteiführung zu den entstandenen Problemen“ ebenfalls nicht nach Plan verlaufen. „Die Enttäuschung“ über Honeckers Rede, die auf die Probleme nicht einging, „war bei den Mitarbeitern sehr groß.“ Im Unterschied dazu sollen „die Ergebnisse der 9. Tagung des ZK“ am Tag nach Honeckers Ablöse „als ein Anfang der Einsicht in die Notwendigkeit von tiefgreifenden Veränderungen begrüßt“ worden sein.⁷⁰ Dazu führte der Bericht weiter aus:

„Groß ist das Unverständnis darüber, daß unsere Parteiführung eine völlige Fehleinschätzung der Lage und Stimmung in der Partei und Bevölkerung hatte. Deshalb wird erwartet, daß alle dafür Verantwortlichen in der Parteiführung, im Apparat des ZK, in der Regierung usw. aus ihren Funktionen ausscheiden und sich zu ihren Fehlern bekennen. [...] Die nach der 9. Tagung erfolgten Veränderungen haben das Kollektiv bereits in die Lage versetzt, wieder offensiver in der Kontaktarbeit aufzutreten. Die Kontaktpartner sowohl in der bi- wie multilateralen Arbeit zeigen großes Interesse an den Entwicklungen in der DDR und bewerten die Politik der Wende als positiv, auch für die weitere Entwicklung der Beziehungen, obwohl es viele Fragen gibt. [...]

Hohe Erwartungen werden an die 10. Tagung gesetzt, sowohl was die personellen Veränderungen als auch das Aktionsprogramm betrifft. Die Genossen würden es nicht verstehen, wenn die ausscheidenden Funktionäre ohne Kritik und Selbstkritik in den Ruhestand gingen. Dies halten wir für eine saubere Atmosphäre, entsprechend dem Statut, in der Partei für unabdingbar. [...]

Der Forderung vieler Kollektive in der DDR nach Einberufung der Volkskammer und sofortigem Rücktritt der Regierung schließen wir uns an. Auch in diesen Gremien muß es zu einem neuen Anfang kommen. Dabei unterstützen wir, an allem in den 40 Jahren Bewährten festzuhalten bzw. davon auszugehen.

68 Beschlußprotokoll der GO-Leitungssitzung am 17. Oktober 1989, gezeichnet Parteisekretär Seidel, Wien, 18. Oktober 1989. SAPMO-BArch, DY 30/15022.

69 Beschlußprotokoll der GO-Leitungssitzung am 1. November 1989, gezeichnet Parteisekretär Seidel, Wien, 3. November 1989. SAPMO-BArch, DY 30/15022.

70 Bericht über die Parteiarbeit im Monat Oktober 1989, gezeichnet Parteisekretär Seidel, Wien, 7. November 1989. SAPMO-BArch, DY 30/15022.

Die Arbeit unserer Regierung muß öffentlichkeitswirksamer gemacht werden.“⁷¹

Nach der Öffnung der Mauer am 9. November 1989 forderte man „schnellstens“ Klarheit über die zukünftigen Reisebestimmungen (auch in Drittländer) für die im Ausland arbeitenden DDR-Bürger sowie über die Möglichkeit von Kinder- und Verwandtenbesuchen. Der Ton war ein anderer geworden.⁷² In weiterer Folge wurde zwar immer noch an der führenden Rolle der SED festgehalten, der Ruf nach radikalen Veränderungen, einer Berücksichtigung der „Volksmeinung“ sowie nach einer „konsequente[n] Orientierung auf [die] Erneuerung [des] Sozialismus“ war aber unüberhörbar geworden. „Besorgnis“ riefen halbherzige Entscheidungen bei der Veränderung des politischen Personals hervor. Die Genossen in Wien erwarteten, daß Volkskammer-Abgeordnete, „die erwiesenermaßen Schuld und Verantwortung für [die] entstandene Situation [in der] DDR und konkrete Mißstände tragen, ihr Mandat niederlegen“. Die Haltung von Joachim Herrmann und Günter Mittag, die bis zu den Neuwahlen warten wollten, wurde als „unakzeptabel“ bezeichnet. Die meisten Mitglieder der DDR-Vertretungen sollen „bestürzt über Tiefe und Ausmaß [der] Versäumnisse [der] alte[n] Führung und über [den] Ernst der Lage, deren Tiefpunkt noch nicht erreicht zu sein scheint“, gewesen sein. Aus Gesprächen mit den sowjetischen und ungarischen Diplomaten wußte man, daß diese von der „Wende“ in der DDR eine „große Signalwirkung“ für die ČSSR, Bulgarien und Rumänien erwarteten. Darüber hinaus äußerten sie die Befürchtung, „daß [der] Prozeß durch [den] Druck von der Straße außer Kontrolle geraten könnte.“ In den unabsehbaren Folgen einer solchen Entwicklung sahen sie eine „Gefahr für [den] Sozialismus und [die] Staatlichkeit der DDR“. Die Vertreter einiger europäischer Länder und insbesondere Polens hatten bereits „besorgt nach [der] Möglichkeit [einer] Wiedervereinigung“ gefragt. Diplomaten und Völkerrechtler aus Österreich hatten die Ereignisse in der DDR als „wichtige[n] Schritt in Richtung ‚Europäisches Haus‘, das vielleicht näher als von Gorbatschow erwartet“ sei, gewertet.⁷³ Danach reißen die Berichte der Grundorganisation ab. Wenig später war auch die SED in ihrer bisherigen Form Geschichte.⁷⁴

Schlussbetrachtung

Bereits die einleitenden Bemerkungen zur SED-Grundorganisation in Wien in den 1960er und 1980er Jahren machen deutlich, welches Forschungspotential die erhaltenen Akten der SED-Grundorganisationen im Ausland noch bieten. Nicht nur der Umgang mit den Realitäten der DDR, den Instruktionen und der Propaganda der SED bei gleichzeitiger Konfrontation mit der westlichen Welt und ihren Medien im Gastland, deren möglichen Auswirkungen die interne „politische Arbeit“ prophylaktisch entgegenzuwirken trachtete, stellen einen spannenden Forschungsgegenstand dar. Auch SED-interne Themen können anhand eines solchen SED-Mikrokosmos im Ausland analysiert werden. Spannend wäre es jedenfalls, in künftigen Forschungen vergleichend zu den Grundorganisationen der SED im Ausland zu arbeiten.

71 Bericht über die Parteiarbeit im Monat Oktober 1989, gezeichnet Parteisekretär Seidel, Wien, 7. November 1989. SAPMO-BArch, DY 30/15022.

72 Telegramm Botschafter Wolf an Genosse Goede (Abteilung Internationale Verbindungen beim ZK der SED), Wien, 13. November 1989. SAPMO-BArch, DY 30/15022.

73 Telegramm von Meyer, Wien, 15. November 1989. SAPMO-BArch, DY 30/15022.

74 Zur Wandlung der SED zur SED/Partei des demokratischen Sozialismus (PDS) und schließlich zur PDS ohne den belastenden Zusatz SED in den Monaten Dezember 1989 bis Februar 1990 siehe Malycha, Andreas/Winters, Peter Jochen: Geschichte der SED. Von der Gründung bis zur Linkspartei. Bonn 2009, S. 361–379.

Grundsätzlich muß am Wiener Beispiel eine hohes Maß an Übereinstimmung mit den von der SED-Zentrale in Ost-Berlin vorgegeben politischen Maximen konstatiert werden. Bis zum Ende der 1980er Jahre blieb die grundlegende Kritik beispielsweise auf konkrete Fälle, die die Arbeit vor Ort beeinträchtigten, beschränkt. Im Bereich der Wirtschaft war sie offenbar unausweichlich. In Krisensituationen im sozialistischen Lager blieb das Wiener Kollektiv aber stets auf Parteilinie. Dies galt auch für die Betonung der „brüderlichen“ Beziehungen zur Sowjetunion, obwohl Gorbatschows Politik der Perestroika in einigen Bereichen von der SED abgelehnt wurde. Man half sich mit der Sichtweise, daß viele der in der Sowjetunion aufgetretenen Probleme in der DDR durch die vorausschauende Politik der SED gar nicht erst aufgetreten wären. Mit der Realität hatte dies freilich wenig zu tun. Um so härter mußte das Jahr 1989 die SED treffen.

Noch 1988 hatte die Wiener Grundorganisation gewisse Entwicklungen in der DDR nur sehr verhalten kritisiert. Auch im Frühjahr 1989 blieb das Wiener Kollektiv zunächst noch auf Parteilinie. Verstärkt wurde Kritik an den Auswirkungen der Perestroika und an den Entwicklungen in Ungarn und Polen geäußert. Die Genossen verteidigten die Haltung der DDR zum Massaker am Tiananmen-Platz in China. Ein steigendes Maß an Unzufriedenheit mit der schwierigen Position in Wien war aber unverkennbar.

Auslöser für die wachsenden Unmut der Wiener Genossen waren zum einen die veränderte Lage an der österreichisch-ungarischen Grenze und die daraus resultierende massive Ausweitung der Fluchtbewegung, zum anderen die Erfahrungen zahlreicher SED-Auslandskader, die sie im Zuge ihres „Heimaturlaubs“ im Sommer 1989 machten. Letzteres ist ein translokales Phänomen par excellence. Nach der Grenzöffnung äußerten die Mitglieder der Wiener SED-Grundorganisation in ihren Berichten und Schreiben an die Abteilung Internationale Verbindungen beim ZK der SED deutliche Kritik an der Politik der Partei. Offen forderten sie eine bessere Informationspolitik und traten für weitreichende Veränderungen ein. An der führenden Rolle der SED und dem Fortbestand der DDR wurde aber bis zuletzt festgehalten.